

**Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz**

(2. - öffentliche - Sitzung am 8. Januar 2018)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch Herrn Prof. Dr. Bernhard Möhring von der Abteilung Forstökonomie und Forsteinrichtung der Georg-August-Universität über die ökonomischen Auswirkungen auf die Forstwirtschaft in Niedersachsen durch den Unterschutzstellungserlass von Natura-2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnung**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu diesem Themenbereich in der für den 5. Februar 2018 vorgesehenen Sitzung.

2. **Menschenleben besser schützen, Bahnverkehr stabiler machen - Gleisbettungen und Oberleitungen endlich wirksam vor Sturmschäden schützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/33](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn in der ersten Märzhälfte 2018 über den zu diesem Themenbereich bis dahin erreichten Stand der Planungen und Arbeiten zu unterrichten. Ferner bat der Ausschuss den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 GO LT zu den ihn betreffenden Aspekten des Antrags.

3. **Zukunft der Weidetierhaltung sichern - Umgang mit dem Wolf umgehend ändern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/69](#)

Die einbringende Fraktion stellte die Grundzüge des Antrags vor. Sodann kam der Ausschuss überein, sich zu diesem Thema durch die Landesregierung unterrichten zu lassen. Anschließend soll über die Form einer Anhörung und den Kreis der Anzuhörenden entschieden werden. Ferner wurde mitgeteilt, dass die Zuständigkeit der mittlerweile zum Themengebiet „Wolf“ vorliegenden Eingaben gemäß § 50 Abs. 1 GO LT auf diesen Ausschuss übergeht und diese zusammen mit diesem Antrag behandelt werden sollen.

4. **Dicke Luft in Städten und Gemeinden: Landesregierung muss den Weg für wirksame Maßnahmen freimachen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/76](#)

Die einbringende Fraktion stellte die Grundzüge des Antrags vor. Sodann kam der Ausschuss überein, sich zu diesem Thema durch die Landesregierung unterrichten zu lassen, nachdem sie das für den 22. Februar 2018 angekündigte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Thema „Luftreinhaltung in Städten“ ausgewertet hat. Anschließend soll über die Form einer Anhörung und den Kreis der Anzuhörenden entschieden werden.

**Außerhalb der Tagesordnung** bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn in seiner nächsten Sitzung am 5. Februar 2018 über den Stand der Auszahlung von Hochwasserhilfen zu unterrichten. Ferner erörterte der Ausschuss Terminfragen. Unter anderem kam er überein, den für den 5. März 2018 vorgesehenen Sitzungstermin nicht wahrzunehmen.